

# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 20.

Sonntag den 18. Mai.

1902.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Die Tabakindustrie in Württemberg

ist nicht von erheblicher Bedeutung. Der Fabrikaufricht unterstanden im Jahre 1901 bloß 70 Betriebe, in denen zusammen 3488 Arbeiter beschäftigt waren. In 65 dieser 70 Betriebe waren Arbeiterinnen über 16 Jahre, in 49 Betrieben jugendliche Arbeiter beschäftigt. Auch in der württembergischen Tabakindustrie tritt die Arbeit erwachsener Männer hinter der der Frauen und jugendlichen Arbeiter zurück, wie die folgenden Zahlen zeigen: Neben 923 erwachsenen, d. h. über 16 (!) Jahre alten männlichen Arbeitern waren 2114 weibliche Arbeiter über 16 Jahre beschäftigt, und zwar 746 16—21 Jahre alte und 1368 im Alter von mehr als 21 Jahren; außerdem wurden beschäftigt 422 junge Leute im Alter von 14—16 Jahren, auch hier wieder mehr Mädchen (273) als Knaben (149), endlich 29 Kinder, d. h. unter vierzehn Jahre alte Personen, und zwar 12 männliche und 17 weibliche, somit insgesamt 1084 männliche und 2404 weibliche Arbeiter, oder mit andern Worten: Unter je 1000 Beschäftigten waren 689 weiblichen und bloß 311 männlichen Geschlechts!

Von den 70 den Aufsichtsbeamten unterstellten Anlagen wurden bloß 52 inspiziert, jedenfalls die größeren, denn in den besuchten Fabriken waren 3117 Personen oder durchschnittlich fast 60 in den nicht kontrollierten 18 Betrieben durchschnittlich noch nicht einmal 21 Personen beschäftigt. Diese Durchschnittszahlen weisen leider auch darauf hin, daß die der Kontrolle der Aufsichtsbeamten in so hohem Maße bedürftigen hausindustriellen Betriebe, die doch auch im Schwabenlande nicht fehlen, den Gewerbeinspektoren kein Interesse abgewonnen haben.

Die Aufsichtsbeamten scheinen recht wenig zu bemängeln gefunden zu haben. So geben sie an, daß sie bloß 13 Zuwiderhandlungen gegen die Schutzgesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter entdeckt hätten, und zwar zwei hinsichtlich der Arbeitsbücher, 4 in Bezug auf die Lohnzahlungsbücher, 5 betreffend die Anzeigen, Verzeichnisse, Aushänge, endlich eine in Bezug auf die Beschäftigung eines Kindes! Diese Vergehungen wurden in zehn Betrieben festgestellt, doch wurde niemand wegen dieser Zuwiderhandlungen bestraft. Die gleiche Langmut betrafen die Aufsichtsbeamten bei den wenigen ermittelten Zuwiderhandlungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen im Interesse der Arbeiterinnen. Dreimal fanden die Gewerbeinspektoren die Anzeigen und Aushänge nicht in Ordnung, zweimal erwiderten sie die Unternehmer, als sie insgesamt sieben Frauen an Sonnabenden über die gesetzlich bestimmte Arbeitszeit schaffen ließen. Die vier Unternehmer, die das Recht hatten, von den Fabrikinspektoren bei diesen Gesetzesübertretungen erwischt zu werden, durften sich bald getröstet und wohl auch weiter dem Gesetz ein Schnippen geschlagen haben, da sie ja doch nicht mit den Gerichten oder auch nur mit Strafmandaten Bekanntschaft gemacht hatten.

Daß wir auch künftig wie bisher mit einer thatsächlich fast unumschränkten Heranziehung der Frauen in die Cigarrenindustrie zu rechnen haben werden, geht aus der folgenden Bemerkung des Aufsichtsbeamten für den ersten württembergischen Inspektionsbezirk ziemlich unverblümt hervor; „Die auf Grund des § 139a der Gewerbeordnung getroffenen Bestimmungen des Bundesrates über die Verwendung erwachsener Arbeiterinnen haben auf die betreffenden Betriebe keinen besonderen Einfluß mehr ausgeübt, da sich die Arbeitgeber an diese Bestimmungen längst gewöhnt haben. Klagen wegen Vernachlässigung oder Störungen der Betriebe, die diese Bestimmungen im Gefolge gehabt hätten, sind nicht zu unserer Kenntnis gekommen. — Die Bestimmungen vom 8. Juli 1893 betreffend die Einrichtung und den Betrieb von zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen besagen in § 11, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern überhaupt verboten würde, so wäre die Cigarrenindustrie vollständig ruiniert, da sich diese der Hauptsache nach auf die Beschäftigung

von Arbeiterinnen eingerichtet hat und Arbeiter in der nötigen Zahl nicht wohl aufzutreiben wären.“ Daß letztere Bemerkung bei Weiterzahlung der gegenwärtigen Hungerlöhne zutrifft, wollen wir gern zugeben. Zu menschenwürdigen Löhnen hat man, von Ausnahmeseiten abgesehen, stets die erforderliche Zahl von Arbeitern gefunden.

## Zur Bewegung in den christlichen Gewerkschaften.

Christliche Gewerkschaften oder katholische Arbeitervereine. Diese Streitfrage ist bekanntlich im Lager der katholischen Arbeiter aktuell und bildet besonders im Rheinland augenblicklich den Gegenstand heftiger Kämpfe im Lager der Christlichen. In Berlin wurde diese Streitfrage auch in einer stark besuchten Versammlung erörtert, die das Kartell der christlichen Gewerkschaften einberufen hatte. Der Gegensatz zwischen beiden Richtungen besteht im wesentlichen darin, daß die christlichen Gewerkschaften die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder in erster Linie vertreten wollen und deshalb ihre Organisationen von der Bevormundung durch die Geistlichkeit freizuhalten suchen. Sie machen dem Klerus zwar auch ihre Reverenz, wollen im übrigen aber ihre wirtschaftlichen Interessen selbstständig und nach eigenem Ermessen vertreten. Die katholischen Arbeitervereine dagegen stellen sich völlig unter den Einfluß der Geistlichkeit, wobei natürlich von einer gewerkschaftlichen Tätigkeit keine Rede sein kann. Hier haben selbstredend auch nur katholische Arbeiter Zutritt, während die christlichen Gewerkschaften alles aufnehmen, was sich aus religiösen Bedenken scheut, den freien Gewerkschaften beizutreten. Diese Gegenätze spielten in der Versammlung manchmal recht heftig aufeinander. Als Vertreter der christlichen Gewerkschaften traten die Referenten Brust aus Altenessen, der Vorsitzende der christlichen Bergarbeiter, und Schiffer aus Rrefeld, der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes, auf. Die andere Seite war durch den Baron v. Savigny und durch Dr. Fleischer vertreten. Die gewerkschaftliche Richtung hatte in der Versammlung die überwiegende Mehrheit. Nachdem man bis 3 Uhr nachts debattiert hatte, wurde eine Resolution zu Gunsten der christlichen Gewerkschaften angenommen.

Nun nimmt auch das Organ der christlichen Jünglings- und Männervereine Stellung zu der Frage, ob an Stelle der christlichen Gewerkschaften, denen Katholiken und Protestanten angehören können, rein katholische Gewerkschaften treten sollen, deren Leitung in der „kundigen“ Hand der geistlichen Präses läge. Das Verlangen, die Dinge in der geschilderten Weise umzugestalten, geht, wie schon mitgeteilt, von einem Häuflein übereifriger Berliner Centrumschriften aus, die aber keine Gegenliebe finden bei den christlichen Organisationen. Auch ein Teil der Centrumpresse nimmt gegen diese Berliner Stellung, obgleich angenommen werden muß, daß hohe kirchliche Würdenträger, die schon einmal ähnliche Versuche machten, dahinter stecken. Das oben erwähnte Blatt schreibt in der Angelegenheit:

Wir wollen die guten Absichten der Berliner nicht verkennen, halten aber ihren Vorstoß gegen die christlichen Gewerkschaften für ein ganz verfehltes Unternehmen. Wenn sie wirklich Erfolge erzielen, so werden die bestehenden christlichen Gewerkschaften geschwächt und die neuen katholischen Gewerkschaften werden doch nur ein kleines Häuflein sein, das zu keiner Bedeutung gelangen wird. Jede Zersplitterung schwächt die Bewegung, je mehr Gruppen, desto weniger Kraft und desto mehr Uneinigkeit. Die christlichen Gewerkschaften geben keinen Anlaß zu gerechten Klagen und wenn der Ofen vielleicht auch einmal geraucht hat, so muß man deshalb das Haus nicht abbrechen. Religiös gemischte Gewerkschaften sind allerdings nicht das Ideal einer Arbeiterorganisation, aber sie sind die einzig mögliche Form, eine umfassende, leistungsfähige Arbeitervereinigung zu Stande zu bringen. Wo die Arbeiter durch verschiedene religiöse Bekenntnisse und durch verschiedene politische Parteistellungen getrennt sind, giebt es keinen anderen Weg zur Einheit in wirtschaftlichen Angelegenheiten, als daß alles, was trennt, beiseite gelassen und das eine Ziel verfolgt wird, das allen gemeinsam ist.

Weiter wird gesagt, daß die christlichen Gewerkschaften mit zusammen 160 000 Mitgliedern einmal da sind und daß man den Arbeitern ihre Ruhe lassen solle. Jeder Unbefangene sehe auch ein, daß die Handvoll Berliner Herren nebst Hintermännern weder das Centrum noch die Kirche sind und darum treffen es nicht zu, wenn

die Sozialdemokraten den neuesten Streich gegen die Gewerkschaften ausnützen, um den Arbeitern zu sagen, daß die Kirche und das Centrum Feinde der Arbeiterschaft seien. Auch das Vorgehen der Berliner entspringt nicht einer feindseligen Gesinnung gegen die Arbeiter, sondern lediglich der Neugierigkeit, es möchten die Arbeiter an ihren katholischen Grundsätzen Schaden leiden.

Diese Angst wird durch die Agitation des Licentiaten Mumm zu Gunsten der christlichen Gewerkschaften wohl noch gesteigert werden. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist nämlich den Ultramontanen das interkonfessionelle Mäntelchen für die im Grunde genommen doch ultramontanen christlichen Gewerkschaften höchst angenehm. Das evangelische Element in diesen Gewerkschaften ist verschwindend schwach vertreten und wird auch niemals stärker hervortreten. Und das ist für die Ultramontanen verstärkter Veranlassung, die Interkonfessionalität als Dekoration beizubehalten, hinter der die ultramontanen Ziele sich hübsch verstecken lassen. Da kann man sich vorstellen, wie die schwarzen Pfaffen, geschorene und ungeschorene, ihre höllische Freude hatten, als der Herr Lic. Mumm aus Berlin ihnen im Rheinland die Geschäfte besorgte. Während man in den ultramontanen Blättern aus Anlaß des Hereinfalls des Centrums in Saarbrücken dort die Gründung christlicher Gewerkschaften forderte, damit das Centrum durch solche Hilfe siege, durchzieht Herr Lic. Mumm das schwarze Rheinland und agitiert gleichfalls für christliche Gewerkschaften! So fördern die Evangelischen die Sache der allein seligmachenden Kirche — zur großen Genugthuung der katholischen Amtskollegen.

Wir haben keine Ursache, mit dieser Entwicklung der Dinge unzufrieden zu sein. Die christlich organisierten sind auf dem besten Wege zur Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft nur geeint in dicht geschlossenen Reihen erfolgreich sein kann im Kampfe gegen das beutegierige Unternehmertum. Das andere wird sich schon noch finden. Beginnt es doch bereits im christlich-gewerkschaftlichen Lager zu rumoren über die brotmacherische Centrumpartei, die den Arbeitern das tägliche Brot durch höhere Getreidezölle verteuern helfen will.

Der christlichsoziale Metallarbeiterverband hat in Köln zwei Versammlungen abgehalten. Am vorigen Sonntag fand eine Bezirksversammlung des Agitationsbezirks Köln und Mülheim statt, in der 700 Mitglieder vertreten waren. Hier sprach Döring, der in der christlichen Arbeiterbewegung angefehene Vorsitzende des Agitationsbezirks, die auch an die Adresse einiger Centrumsleute gerichteten Worte, man werde bald einsehen, daß die katholischen Arbeiter nicht dazu da seien, zum Spielzeug einzelner zu dienen. Deutlicher war derselbe Redner in einer am Abend desselben Tages in Wickendorf abgehaltenen öffentlichen Versammlung des Verbandes. Döring erklärte, die christlichen Gewerkschaftsmitglieder sollten sich fernerhin nicht mehr von politischen Parteien leithammeln lassen. Bisher hatten die Mitglieder christlichen Gewerkschaften bei den Wahlen mit dem Centrum denselben Kandidaten gewählt. Das wird also, wenn die christlichen Metallarbeiter ihre Drohung wahr machen, anders werden. Und nicht nur die Metallarbeiter, auch die Mitglieder anderer christlicher Gewerkschaften sind mit dem Centrum nicht zufrieden.

Am 8. Mai befaßte sich die Centrumpartei in einer großen Versammlung in Köln mit der Zolltarifvorlage. Der Centrumsabgeordnete Sittart-Nachen sollte die unzufriedenen katholischen Arbeiter beschwichtigen, die erbittert sind, daß der Abgeordnete für Köln, Trimborn, agrarische Zollforderungen unterstützt. Ein christlicher Gewerkschaftler, Schaller, opponierte jedoch scharf und bemerkte u. a. treffend:

Abgeordneter Sittart habe den Plan der Witwen- und Waisenversorgung aus den Ueberflüssen der Getreidezölle erwähnt; es werde den Arbeitern aber verschwiegen, daß nur der zehnte Teil des Zolles für diesen Zweck verwendet werden könne, weil nur etwa so viel Getreide vom Ausland eingeführt wird; die neun Zehntel aber verschwänden in den Taschen der Agrarier. Herr Sittart habe die Möglichkeit der Wobverteuerung zugegeben, aber gesagt, der Lebensmittelpreis brauche nicht durch den Zoll erhöht zu werden. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß die Getreidepreiserhöhung doch der Zweck des Zolles sei; andernfalls habe der Zoll doch keinen Sinn. Der Arbeiter könne der

Landwirtschaft nicht helfen, da er sich selbst in einer viel größeren Notlage befindet; der Arbeiter darbe sich von einem Lohntrag zum anderen hin und könne nicht noch höhere Lebensmittelpreise zahlen. Ein großer Teil der Arbeiter leide an Unterernährung. Jesus Christus habe geboten, die Hungrigen zu speisen; die Freunde der Vollerhöhung aber verlangen von den Hungern, daß sie noch mehr hungern. (Schlußrufe, Fußtrampeln, wildes Geschrei. Ruf: Sozialdemokrat!) Ich mache Schluß, wenn Sie es wünschen; aber wir christlichen Arbeiter wissen dann, was wir von einer solchen Behandlung zu halten haben.

(Rufe: Weiter reden! Der Vorsitzende verschafft mit Mühe Ruhe.) Der Redner fährt fort:

Innerhalb des größten Teils der christlichen Arbeiterschaft sei man sich einig, daß die Verteilung der Getreidevorräte nicht christlich handeln, und wenn sie noch so christlich thäten. Er schloß mit der Aufforderung: bei der Reichstagswahl nur einem Gegner des Volkes die Stimme zu geben.

Das ist zwar deutlich genug, aber es wird schon noch anders kommen. Vorläufig rebellieren nur einzelne der frommen Schäfchen, doch in der Masse findet das Widerhall und — bohrt.

## Rundschau.

Die **Arbeitsabteilung des Statistischen Amtes** wird, wie offiziell berichtet wird, zunächst die von der Kommission für Arbeiterstatistik hinterlassenen unerledigten Arbeiten über Arbeitszeit in den Comptoirs, im Fleischerhandwerk und im privaten Transportgewerbe sowie in der Binnenschifffahrt beenden, ehe sie neue, eigene Erhebungen in Angriff nehmen wird. Weiter verlautet, daß das Statistische Amt eine Berichterstattung über den Arbeitsmarkt und die Schaffung eines Organs nach Art der „Labour Gazette“ des englischen Arbeitsamtes beabsichtigt.

Über den **Beirat für Arbeiterstatistik**, wie jetzt die Kommission für Arbeiterstatistik des Reiches genannt wird, sind dem Reichstag die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen mitgeteilt worden. Der Beirat soll befugt sein, zu seinen Sitzungen Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl als Beisitzer mit beratender Stimme zuzuziehen, auch ständige Ausschüsse für gewisse Gruppen von Angelegenheiten einzusetzen. Der Reichstag wählt sieben Mitglieder zu dieser Kommission; sie erhalten Tagelöhner und Ersatz ihrer Fahrkosten.

**Öffentliche Versammlungsfreiheit.** In dem ostpreussischen Städtchen Ragnit führen die Arbeiter seit Jahren einen harten Kampf um die Ausübung des arbeitslosen preussischen Versammlungswesens. Jetzt sind sie endlich so weit, daß sie ein Versammlungslokal haben (ein Privatalokal) und Versammlungen darin abhalten dürfen. Aber die Polizei hat immer neue Gedanken. Jetzt dürfen sich in der Stube keine Menschen aufhalten, wenn nicht Versammlung ist. Kürzlich hielten sich vier Parteigenossen in dem Räume auf; da erschien ein Polizeibeamter und forderte die vier Mann auf, sich sofort zu entfernen, indem er zugleich gegen erhobene Einwendungen mit Gewalt drohte. Er wartete, bis die Stube geschlossen war und verlangte den Schlüssel, damit niemand hinein käme! Er erhielt ihn allerdings nicht. Aber der Mieter des Lokals wurde unter Anklage gestellt wegen Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung! In der Gerichtsverhandlung beantragte der Vertreter der Anklage eine ziemlich hohe Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Die **Anwesenheit von Frauen in Versammlungen** politischer Vereine war bisher in Preußen streng verpönt. Hierin scheint sich nunmehr eine Wandlung zum Besseren zu vollziehen, nachdem die Berliner Polizei die Anwesenheit von Frauen in einer Versammlung des Bundes der Landwirte geduldet hatte. Auf eine Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus erwiderte der Minister des Innern, daß gegen die Anwesenheit von Frauen in politischen Versammlungen nichts einzuwenden sei, sofern für sie ein besonderer Platz eingeräumt werde und sie sich nicht an den Verhandlungen beteiligten. Der Berliner Polizeipräsident hat nunmehr die Polizeibeamten angewiesen, in polizeilich überwachten Vereinsversammlungen von der Befugnis, die Entfernung der Frauen zu verlangen, dann keinen Gebrauch zu machen, wenn diese nur als Zuschauerinnen und nicht als Teilnehmerinnen erschienen sind, und diese ihre Eigenschaft auch durch ihr Verhalten in von dem eigentlichen Versammlungsraum räumlich getrennten Plätzen äußerlich hervorbringt. Öffentlich werden die Polizeibehörden im übrigen Preußen diesem Beispiele nachleben.

Eine **Klage in der Gewerbeordnung.** Eine interessante Entscheidung wurde von dem Obersten Landesgericht in Bayern gefällt: Der Fabrikdirektor Leonhardt der Kammgarnspinnerei in Kaiserlautern hatte ein Strafmandat von 672 Mk. erhalten, weil er es unterlassen hatte, für die bei ihm beschäftigten 672 minderjährigen Arbeiter die in § 134, Abs. 3 der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Oktober 1900 vorgeschriebenen Lohnzahlungsbücher zu führen. Gegen das Strafmandat erhob Leonhardt Einspruch, da er mangels einer gesetzlichen Bestimmung das Nichtführen von Lohnzahlungsbüchern für strafflos halte, denn § 150, Abs. 1 belege nur Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften betreffend Arbeitsbücher, Lohnbücher und Arbeitszettel mit Strafe. Das Schöffengericht Kaiserlautern kam auf Grund der Entstehungsgeschichte des § 134 Abs. 3 zu der Anschauung, daß die fehlende Strafbestimmung bezüglich der Lohnzahlungsbücher nur auf einem Versehen beruhe, daß aber der Gesetzgeber in dem § 150 auch die Lohnzahlungsbücher mit aufgenommen wissen wollte und beständigte die im Mandatswege ausgesprochene Strafe. Auf Berufung des Leonhardt hin fällt das Landgericht Kaiserlautern ein freisprechendes Urteil, da es an einer Strafbestimmung in dieser Beziehung mangle und aus der Entstehungsgeschichte nicht deutlich zu ersehen sei, daß der Gesetzgeber auch die Lohnzahlungsbücher in das Gesetz aufgenommen wissen wollte. Lohnzahlungsbücher und Lohnbücher hätten ganz verschiedene Zwecke. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision zum Obersten Landesgericht ein und stellte sich in seiner Revisionsbegründung auf den schöffengerichtlichen Standpunkt. Das Oberste Landesgericht verwarf die Revision, indem es mit dem Landgericht der Anschauung war, daß im Gesetz tatsächlich eine Strafbestimmung bezüglich der Lohnzahlungsbücher fehle.

Bei den **Gewerbegerichtswahlen in Stettin**, die am letzten Sonntag stattfanden, siegen die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Arbeitnehmer-Kandidaten sämtlich, während die Arbeitgeber-Kandidaten des Kartells in drei Bezirken gewählt wurden. In einem Bezirk mit 15000 Wählern (Arbeitnehmer) konnte wegen des großen Andrangs die Wahl nicht zum Abschluß gebracht werden, sie muß deshalb an einem späteren Termin vollzogen werden.

Ein **besonders schamloser Akt der Zechenbarone** wird aus Waldenburg in Schlesien gemeldet. Dort ist 200 Berg-

leuten gekündigt worden, weil sie sich beharrlich weigern, statt der bisherigen Zehnstundenschicht die Zwölfstundenschicht zu verfahren, wie seit 1. Mai angeordnet war. Während die organisierten Arbeiter aller Kulturländer am 1. Mai für den Achtstundentag demonstrieren, wagt es eine Handvoll Leute der besitzenden Klasse, an demselben Tage den Arbeitern zuzumuten, die für den Bergbetrieb schon viel zu lange Arbeitszeit von zehn Stunden noch um zwei Stunden zu verlängern, und dazu noch angesichts einer Krise, die viele Tausende von Arbeitern beschäftigungslos gemacht hat. Das ist eine Provokation, eine Verhöhnung der Arbeiterbestrebungen, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann.

Der **amerikanische Tabaktrakt**, der unter der Kontrolle des Tabakkönigs Duke steht, hat nicht nur in Deutschland, sondern, wie bekannt, auch in England versucht, die größeren Tabakfabriken in sich aufzunehmen. Einige große englische Fabriken sträuben sich aber hiergegen und die englische Imperial Tabak-Compagnie will nur den Krieg in Feindes Land tragen. Sie hat drei ihrer hervorragendsten Vertreter nach Amerika entsandt, diese sollen dort versuchen, amerikanische Fabriken zum Anschluß an die englischen Gesellschaften zu bewegen.

## Tabakausstellung.

Auf der Mannheimer allgemeinen deutschen Landwirtschaftlichen Wanderausstellung, die in den Tagen vom 5. bis 10. Juni d. J. stattfindet, wird auch Tabak zugelassen werden. Es sind nicht weniger als 825 Proben Tabake zur Anmeldung gekommen und zwar aus folgenden Ländern: Elsaß, Baden, die Rheinpfalz, Württemberg und Brandenburg. Der Tabak ist im vorigen Herbst fermentiert worden und wird in dieser Form zur Ausstellung kommen. Je nach den Handelsmethoden der einzelnen Länder werden Obergut, Mittelgut und Bodenblatt oder wie diese Bezeichnungen in den verschiedenen Ländern lauten, getrennt zur Vorstellung gebracht. Außerdem werden Darstellungen der Tabakkultur in geschlossenen Sammlungen vorgeführt werden, an denen sich beteiligen: Die kaiserliche Tabakmanufaktur in Straßburg (Elsaß), die Pfälzer Tabakveräußerungsgenossenschaft in Ludwigshafen sowie Tabakfabrikant P. J. Landfried in Heidelberg und Landwirt Christian Schönthal in Friedrichsthal.

Es sind im ganzen 4770 Mk. und 10 Preismünzen an Preisen ausgesetzt, außerdem noch 9 Siegerpreise, die von verschiedenen Seiten gestiftet sind. Nicht weniger als 68 Richter in 22 Gruppen werden thätig sein, um die Güte der vorgestellten Tabake zu prüfen; die Beurteilung geschieht nach einem Punktsystem.

Seit der letzten Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft im Südwesten Deutschlands, in Straßburg i. E. vor 12 Jahren, hat die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft auf ihren Ausstellungen Tabak nicht mehr zugelassen und geprüft. Aber auch damals war die Ausstellung bei weitem nicht so umfangreich, wie sie in Mannheim sein wird.

## Gewerkschaftliches.

**Berlin.** Achtung! Cigarrenfortierer und Sortiererinnen wollen sich vor Annahme von Arbeit in Berlin an Kollegen Albert Werner, Berlin N. 58, Tresewitzstraße 46, Hof links wenden.

**Burgsteinfurt.** Achtung, in der Cigarrenfabrik von S. Major ist ein Streik ausgebrochen. Die Ursache ist Maßregelung. Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten.

**Egersleben.** Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, indem sich die Kollegen im Streik befinden. Der Bevollmächtigte.

**Geldern.** Der Zugang nach Ifsum ist fernzuhalten, da bei der Firma Beschges Lohnunterschieden ausgebrochen sind und alle Arbeiter gekündigt haben. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Goldberg.** Die Kollegen wollen beachten, daß bei der Firma Rose Differenzen bestehen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Achtung!** Alle diejenigen Kollegen, welche hier in Hadersleben oder Rendsburg in Arbeit treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse erst an den Vorstand hier in Hadersleben wenden. Schriftliche Anfragen werden gleich beantwortet. Johannes Heden, Tabakspinner, Schlachterstraße Nr. 651, Hadersleben.

**Achtung, Cigarrenarbeiter!** Zugang nach Hastedt bei Bremen ist fernzuhalten.

**Achtung, Kollegen!** Der Zugang nach Diegnitz ist streng fernzuhalten, da Lohnunterschieden vorliegen.

**Magdeburg.** Die reisenden Kollegen werden ersucht, das Anschauen in Magdeburg bis auf weiteres zu unterlassen, da hier wegen Lohnabzug Differenzen bestehen.

**Oslau.** Sortierer und Kistenmacher, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse an die Ortsverwaltung wenden.

**Ratibor.** Achtung, Sortierer! Der Zugang nach Ratibor ist wegen Lohnreduzierung bis auf weiteres streng fernzuhalten. J. Marzall, 1. Bevollmächtigter.

**Trier.** Achtung! In der Cigarrenfabrik von Gebr. Mühlentrot haben Cigarrenarbeiter und Wickelmacher am 10. Mai wegen Lohnunterschieden und Maßregelung die Arbeit niedergelegt. Auch geht man darauf aus, die Organisation zu vernichten. Es wird vor Zugang streng gewarnt.

Ein **Jahrbuch der deutschen Gewerkschaften** will die Generalkommission, entsprechend einem Beschlusse des dritten deutschen Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M., herausgeben. Dasselbe soll als Handbuch für alle wichtigeren Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden können. Das Handbuch soll enthalten in einem allgemeinen Teil eine Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung des In- und Auslandes, eine wirtschaftliche Revue und Arbeitsmarktrundschau, sozialpolitische Mitteilungen, Publikation wichtiger Gesetze und Verordnungen, sowie Entscheidungen über Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht. Den offenbar wichtigsten Teil bildet der statistische, der Vierteljahrsübersichten und Jahresstatistiken der deutschen Gewerkschaften über Streiks und Arbeitslosenverhältnisse bringen wird. Ferner wird dieser Teil über Gewerkschaften und Streiks im Auslande berichten und die Jahresstatistiken der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate bringen. Ferner sollen in diesem Teile bearbeitet werden die amtlichen Streikstatistiken, die Rechnungsergebnisse der Arbeiterversicherung, die

Statistiken der Gewerbegerichte und Arbeitsnachweise sowie der Gewerbeaufsicht. Schließlich sollen in diesem Teile noch wichtige Sozialstatistiken Aufnahme finden. Dem ganzen ist noch ein Adressenteil angehängt. Um das Handbuch etwas aktiver zu gestalten, als das bei der jährlichen Ausgabe der Fall sein würde, wird die Herausgabe in Vierteljahrsheften beabsichtigt, die am Jahreschlusse zu einem Jahrbuch vereinigt würden. Zweifellos dürfte ein solches Handbuch nicht nur für den Statistiker, sondern auch für den praktischen Gewerkschaftler und jeden im öffentlichen Leben stehenden ganz außerordentlich wichtiges Material, namentlich über die Gewerkschaftsbewegung, die Streikstatistik und den Arbeitsmarkt bieten, der bisher entweder nur mühsam oder gar nicht zugänglich war.

Die **Führer des spanischen Eisenbahner-Verbandes** haben mit dem Ministerium wegen ihrer Forderungen unterhandelt. Sie haben sich damit einverstanden erklärt, daß ihre Forderungen bis nach den in Aussicht stehenden Hoffentlichkeiten zurückgestellt werden.

Der **Gesamtverband der Gewerkschaften Dänemarks** hielt seine Generalversammlung ab, zu der gegen 300 Repräsentanten erschienen waren. Da der Vorsitzende J. Jensen zur Zeit krank ist, erstattete der Sekretär Folkethingsmann Martin Olsen den Jahresbericht. Das vergangene Jahr wird charakterisiert durch die vielen Versuche der Unternehmer, die Arbeitslöhne herabzusetzen, die jetzt in dem Angriff der Arbeiter auf die Löhne der Heizer und auf das Koalitionsrecht der Seeleute und Hafenarbeiter wohl ihren Höhepunkt erreichten. Größtenteils wurden jene Versuche erfolgreich zurückgewiesen. Es haben sich im Laufe des Jahres mehrere neue Organisationen dem Gesamtverbande angeschlossen. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt rund 70000. — Außer dem Beschluß der Hafenarbeiter-Aussperrung beschloß die Generalversammlung, mit Bezugnahme auf die diesbezügliche Resolution des skandinavischen Arbeiterkongresses, die kooperativen Unternehmungen der Arbeiterpartei nach besten Kräften zu unterstützen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, worin das Bedauern über die Stellung, die die Mehrheit des Folkethings gegenüber dem Antrag auf Staatshilfe für die Arbeitslosenunterstützungskassen der Gewerkschaften eingenommen hat, zum Ausdruck gebracht wird und die Mitglieder der Gewerkschaften aufgefordert werden, gelegentlich ihren Einfluß als Wähler zu Gunsten des Gesetzesentwurfes geltend zu machen. — Als Vorsitzender des Gesamtverbandes der Gewerkschaften wurde J. Jensen, als Sekretär C. M. Olsen einstimmig wiedergewählt.

## Berichte.

**Berlin.** Mittwoch den 7. Mai fand hier eine Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes statt mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum diesjährigen Gewerkschaftskongress; 2. Verschiedenes. Die abgegebenen Stimmen fielen auf Kollegen Max Kiesel, bis auf eine für Koll. Sperber (Berlin) und eine für Scholz (Neu-Fluppen). Eine wurde für ungültig erklärt. Hierauf ergriff Kollege Max Kiesel das Wort. Er führte u. a. aus, daß auf dem Kongress die Pensionierung der Gewerkschaftsbeamten zur Beratung kommen würde und bittet die Kollegen, sich zu dieser Sache auszusprechen. Kollege Rosenthal wies darauf hin, daß schon der 3. Kongress zu dieser Frage Stellung genommen und eine dahingehende Resolution gefaßt hätte. Nachdem noch mehrere Redner sich zu Gunsten der Pensionierung ausgesprochen, ging von Koll. Butry folgende Resolution ein: „Die heutige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin erklärt sich mit der Resolution des 3. Gewerkschaftskongresses dahin einverstanden, daß für langjährige Gewerkschaftsbeamte bezügl. Invalidität u. dergl. eine Unterstufungsklasse in dem bereits angeregten Sinne geschaffen wird.“ Diese Resolution wurde gegen einige Stimmen angenommen und der eventuelle Vertreter des 1. Wahlkreises ersucht, dieselbe auf dem Kongress zu vertreten.

**Deuben bei Dresden.** Am Montag den 5. Mai fand eine sehr schön besuchte Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung pro 1. Quartal; 2. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress; 3. Gewerkschaftliches. Der 1. Bevollmächtigte Kollege Bachmann eröffnete die Versammlung. Hierauf verließ Kollege Schulze die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde. Der 2. Punkt fand schnell seine Erledigung. Die hiesigen Kollegen sind der Meinung, daß den Delegierten es überlassen bleibt, betreffs Anstellung und Pensionierung von Gewerkschaftsbeamten Stellung zu nehmen. Unter Gewerkschaftliches nahm zunächst ein Kollege von unserer Nachbarzahlstelle Händchen das Wort. Derselbe schildert die Verhältnisse einer hiesigen Fabrik; daraus war zu ersehen, wie schön es ist, wenn alle organisiert sind und geschlossen vorgehen. Leider mußte man ja auch hören, daß sich doch ein Schmeicheleichen in der Fabrik befindet, das dem Unternehmer treue Dienste leistet im Posten tragen u. Kollegen allerorts, durch festen Zusammenhalt können wir solche Elemente beseitigen. Mitglieder von Deuben! Denkt künftig daran, wenn Versammlung ist; es ist beschämend, wenn von 90 Mitgliedern 18 in der Versammlung sind, und das sind größtenteils die Fremden. Die nächsten Versammlungen werden von jetzt ab Sonntags abgehalten, vielleicht giebt's dann keine Ausreden mehr.

**Geldern.** Am 4. Mai fand hier eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 3. Verschiedenes. Nach Verlesung der Abrechnung vom 1. Quartal durch den 2. Bevollmächtigten wurde dieselbe von den Revisoren für richtig erklärt. Zu Punkt 2 wurde Kollege Julius Fischer, Düsseldorf, als Delegierter zum Gewerkschaftskongress einstimmig gewählt. Zu Verschiedenes wurde die Aussperrung in Ifsum bei der Firma Beschges besprochen. Die Versammlung erklärte einstimmig, die Sperre zu verhängen und die Aussperrten zu erlösen, da keine Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, abzureisen, was denn auch die Kollegen im Verlauf dieser Woche getan haben. Es hatte sich nämlich noch 1 Arbeitswilliger gefunden und sind jetzt 4 Arbeitswillige beschäftigt, Jakob Holtappels aus Ifsum, Wilh. Cox aus Goch, Wilh. Westersfeld aus Goch und Johann v. d. Veer aus Entföfen.

**Goslar.** Am 3. Mai tagte im Vereinslokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle. Die Tagesordnung behandelte 1. Die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress; 2. Wie stellen sich die Mitglieder zu den Denunziationen des Mitgliedes Neßl hierseits; 3. Vortrag über Weltgeschichte. Zum ersten Punkt wurde der Kollege Buzgholz-Braunschweig gewählt. Punkt 2, welcher die Ursache der sofort einberufenen Versammlung war, entfaltete eine längere Diskussion. Ein wahrer Sturm der Entrüstung entstand, als die Kollegen die Handlungsweise des Mitgliedes Neßl erfuhren. Genannter N., dessen Vergangenheit schon ähnliche Früchte gezeitigt haben mag — denn als er von Wingen nach hier überföhrte, wurden wir schon von den Kollegen in W. aufmerksam gemacht — wurde vor einigen Wochen entlassen, weil er in der unethischen Weise den Wertmeister L. beschimpfte und Dinge unterwarf, welche hier wiedergegeben nicht angebracht erscheinen. Deshalb zog er sich eine Verleumdungsklage zu und steht seine Verurteilung bevor. Das genügt nun aber nicht. Er versucht jetzt bei der Firma in Hamburg Kollegen zu verächtigen, Spitzbübereien betreiben zu haben. So u. a. schrieb er in einem Brief an die Firma, ein Kollege habe fortwährend Tabak mit nach Hause genommen, er erböte sich, dieses beschwören zu wollen.

Kollegen, jeder einzelne, der die heutigen Produktionsverhältnisse in der Cigarrenfabrikation kennt, wird zugeben müssen, daß es fast unmöglich ist, mit dem Material nur auskommen zu können. Die Kollegen hierorts erblickten in dieser abgelaufenen Denunziation eine Gefährdung der Interessen unserer Mitglieder und beschloßen einstimmig, mit Rücksicht auf den § 8 unseres Statuts, Pehl aus dem Verbands zu ziehen. Die Mitglieder waren der Ansicht, daß solche Leute nicht in eine Organisation eintretend Arbeiter gehören. Eine Resolution, welche das Geboten Reklams beurteilte, fand einstimmige Annahme. Ferner aber beschloß die Versammlung, allen Kollegen Deutschlands durch Bericht Kenntnis davon zu geben. Der 3. Punkt, Vortag, wurde vorgerückter Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung zurückgekehrt. Im Verchiedenen wurde über die Notwendigkeit eines Gewerkschaftsartikels gesprochen und beschlossen, einer Kommission von drei Kollegen die Vorbereitung der Gründung eines Kartells zu übertragen.

**Brandenburg a. S.** In der Cigarrenfabrik von Spielhagen u. Pasch sind sämtliche Cigarrenmacher und Wickelmacherinnen gekündigt worden, weil dem Fabrikanten die hiesigen Arbeitslöhne zu teuer sind und er seine Fabrik nach einem Platz verlegen will, wo die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft noch zu billigeren Preisen als hier möglich ist. Ende voriger Woche ist die Kündigung abgelaufen und sämtliche Arbeiter liegen nun auf dem Straßpflaster. Es ist von den größeren Fabriken die letzte, welche hier den Betrieb eingestellt hat. Mitte der 90er Jahre wurden hier noch 300 Tabakarbeiter beschäftigt; von da ab datiert der Abgang der Tabakindustrie. Wie dieselbe hier zurückgegangen ist, ergibt sich aus folgenden Ziffern. Die Zahl der Beschäftigten betrug Ende 1896 300, 1897 264, 1898 238, 1899 219, 1900 127, 1901 120 Personen. Die größeren Fabriken sind nach und nach sämtlich eingegangen. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Umständen die Löhne hier nicht so unerträglich hohe sind, wie es von den Fabrikanten stets behauptet worden ist. Die Cigarrenarbeiter führen hier schon seit Jahren ein Hungerdasein. Die Löhne haben seit 1 1/2 Jahrzehnten keine Aufbesserung mehr erfahren. Im Gegenteil: Schlechtes Arbeitsmaterial und häufigeres unfreiwilliges Pauzieren haben dazu beigetragen, die Einkommensverhältnisse der Tabakarbeiter auf das niedrigste Maß herabzudrücken. Mein im letzten Quartal sind von den wenigen hier noch vorhandenen Tabakarbeitern 54 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen durch 589 Tage Arbeitslosigkeit betroffen worden. Diese Arbeitslosigkeit erstreckt sich im einzelnen auf die Dauer von 8-30 Tagen. Jetzt werden durch die Maßnahme des Herrn Spielhagen wieder eine größere Anzahl Arbeiter brotlos gemacht. 15 Arbeiter und 19 Arbeiterinnen werden arbeitslos, wovon 11 verheiratete männliche Arbeiter und zwei verwitwete Arbeiterinnen zusammen 27 Kinder zu ernähren haben. Den Arbeitslosen fehlt jede Aussicht auf ein anderweitiges Unterkommen.

**Klein-Kroßenburg.** Die am 11. Mai mittags 12 Uhr stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem in voriger Versammlung gestellten Antrag, bezüglich Auflösung der hiesigen Zahlstelle. Dieser Punkt rief eine lebhafteste Debatte hervor, an der sich fast alle Mitglieder beteiligten. Die darauf folgende Abstimmung ergab folgendes Resultat: 14 stimmten für den Weiterbestand der Zahlstelle und 2 enthielten sich der Stimme.

Anschließend daran fand nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Wie ist die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter zu bessern? Für diese Versammlung hatte Georg Nepp aus Friedberg das Referat übernommen. Redner schilderte in ausführlicher Weise die Schäden, die der Tabakindustrie durch die Frauen-, Kinder-, Haus- und Gefängnisarbeit erwachsen, die die Schmutzkonturrenz fördern. Auch das Verlegen der Fabriken von den Städten auf das flache Land unterzog Redner einer Kritik. Gegen alle diese Schäden sei bis jetzt unsere Organisation noch nicht genug ausgebaut gewesen, denn die Erfolge, die bis jetzt durch Streiks errungen worden seien, seien nicht von zu großer Bedeutung, wenn nicht ganz erfolglos. Redner hält als bestes Kampfmittel die Gründung von Konsumvereinen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen und ihre Ware nur von denjenigen Fabrikanten beziehen, die den von den Verbänden festgesetzten Minimallohn zahlen. Eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution fand darauf einstimmige Annahme. Nachdem sich noch Kollege Appel in demselben Sinne ausgesprochen hatte, wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Eine Tabakarbeiterversammlung fand am 5. Mai im Römischen Hof statt. Als Delegierter zum Gewerkschaftstongreß wurde Kollege Normann-Weißfels gewählt; einige Stimmen fielen auf Kollegen Brotschke-Mühlhausen. Sodann erfolgte die Neuwahl der gesamten örtlichen Verwaltung. An Stelle des bisherigen Vertrauensmanns Pietsch tritt Kollege Weiß; Poppe und Gänzel werden als Revisoren gewählt. Als Mitglieder der Vorortskommission wurden Lehmann, Weiß und Poppe, der erstere als Obmann, bestimmt. Zum Kartellbeauftragten wurde Lehmann gewählt. Unter Gewerkschaftlichen wird der Vertrauensmann ersucht, feststellen zu lassen, wieviel von den Mitgliedern Abonnenten der Leipziger Volkszeitung sind. Außerdem wurde von dem neuen Kartelldelegierten aufgefordert, die Pflichten dem Kartell gegenüber zu erfüllen.

**Weissen.** Die am 4. Mai tagende Mitgliederversammlung wählte den Kollegen Vacurov-Dresden einstimmig als Delegierten des dritten Kreises zum Gewerkschaftstongreß nach Stuttgart. Leider ist es zu bedauern, daß viele Kollegen nicht anwesend waren. Dem kamen Arbeitsangelegenheiten in einigen Fabriken zur Sprache; so u. a. die der Firma Gröschel, Weissen, rechts, welche schon mehrmals mit Lohnabzügen an die Arbeiter herangekreten ist und die ihr zum Teil auch gelungen sind, weil die Zeiten zu schlecht sind und die Kollegen nicht einig waren. So wird für eine große und schwere Torpedofaçon, welche erst mit 9 Mk. bezahlt wurde, dann mit 8.50 Mk., jetzt den anfragenden Kollegen mit 7 Mk. angeboten. Leider finden sich immer noch Kollegen, die für diesen Preis anfangen, trotzdem sie darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß sie doch nicht mit diesem Verdienst auskommen können und doch wieder aufhören müssen, was auch in der Regel geschieht. Erst bekamen die Anfangenden diese Arbeit 8 oder 14 Tage, jetzt scheint sie aber länger gemacht werden zu müssen. Es wird gesagt, daß sich schon wieder Kollegen aus Wilschdorf bei der Firma angemeldet haben, um hier in Arbeit zu treten. Wenn das wahr sein sollte, so möchten doch die betr. Vertrauensleute sich um diese Angelegenheit etwas bemühen und die Kollegen auf die hiesigen Verhältnisse aufmerksam machen. Den Vogel hat die Firma aber mit einem Inserat abgeschlossen, welches sie in einer hiesigen Zeitung losgelassen hatte, nach dem sie Hausarbeit als Nebenbeschäftigung geben will. Wenn man bedenkt, daß die Hausarbeit doch schon sehr schlecht bezahlt wird, was mag man da für Löhne zahlen für die als Nebenbeschäftigung betrachtete Hausarbeit? Auch bei der Firma Reinhard sind mehrmals Lohnabzüge vorgenommen worden. Für eine große starke Façon, die erst mit Mexiko für 12 Mk., mit Sumatra für 10 Mk. gearbeitet wurde, wird jetzt für 8 Mk. gemacht. Für eine andere kleinere Façon gab es erst 11 Mk., jetzt 9 Mk. Das haben sich die Kollegen alles gefallen lassen, vielmehr gefallen lassen müssen, weil sie nicht genügend organisiert waren. Da es unter den Kollegen einige gab, die immer noch etwas mehr verdienen, machten diese nicht mit. Es glaubt jeder der Geseß, auch von den anderen, die hier nicht direkt angeführt sind, er zahle die besten Löhne und thue daher ganz recht, wenn er abstehe, weil seine Kollegen ja auch Lohn abgezogen haben. Bei der Firma Reinhard herrscht noch ein besonderer Geschäftsmodus. Wenn das Geschäft mal geht, dann werden Leute angenommen über Hals über Kopf; drängt es dann nicht mehr, so kommt man mit Arbeitsbeschränkung oder Entlassung. Es besteht jetzt gerade wieder so eine Periode; vor vier oder fünf

Wochen gab die Firma Hausarbeit aus, acht Tage später trat Beschränkung ein, weitere acht Tage später gab es Arbeiterentlassungen und abermals Beschränkung. Entlassen sind 15 bis 20 Personen, darunter sechs männliche Koller. Aus allen diesen Gründen eruchen wir die Vertrauensleute der umliegenden Zahlstellen, die reisenden Kollegen auf die hier bestehenden Verhältnisse aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, unseren Ort so viel wie möglich zu meiden und erst beim kaufierten Entlassungen einzuziehen, ehe man nach Arbeit fragt. Durch das Umschauen haben bloß die Fabrikanten Nutzen, die dann sagen, es kommen ja so viel nach Arbeit gelaufen, die würden die Arbeit ganz gern für den Lohn machen, für den Sie dieselbe nicht machen wollen.

**Nordhausen.** Aufforderung. Unterzeichnete eruchen alle diejenigen, welche vom Umstand der Nordhäuser Tabakarbeiter her noch im Besitz von Listen sind und diese von Nordhausen erhalten haben, sie so schnell wie möglich behufs Abrechnung einzuliefern. Die Kassierer: Emil Propbet, C. Schwab.

**Sossen.** In der Fabrik von C. Rürrenbach ist ein neues schweres Façon (sagt Torpedo) eingeführt, wofür 8 Mk. Lohn bezahlt werden sollen. Da die Kollegen sich damit nicht begnügten, verhandelten sie mit dem Fabrikanten und erzielten 1 Mk. Zulage, so daß für das fragliche Façon 9 Mk. Arbeitslohn gezahlt werden. Differenzen sind nicht weiter entstanden.

**Trier.** Am 10. Mai ist die Fabrik Mühlenbrock in den Ausstand getreten. Beteiligt sind 16 männliche, 18 weibliche Mitglieder. Da es sich um Maßregelung des 1. Bevollmächtigten handelt, haben alle mit ihren Wickelmachern die Arbeit niedergelegt. Auch wurde das Verlangen gestellt, daß alle aus der Organisation austreten müßten, was bei der Treue zum Verband seit zehn Jahren als unübliches Verlangen große Entrüstung hervorrief. Auf den zwei größten Fabriken hier am Orte ist die Frauenarbeit eingeführt. Deshalb erschien denn schon am ersten Tage nach der Kündigung eine Annonce in dem ersten hiesigen Blatt, wonach nur weibliche Arbeitskraft gesucht wird. Da auf dieser Fabrik niemals das Anlernen von Wickelmachern oder Cigarrenmachern geduldet wurde, wegen Befürchtung des Mehrverbrauchs von Tabak, ward es auch oft schwer genug, einen Wickelmacher zu erhalten. Die Herren Fabrikanten hoffen, daß die weiblichen Arbeitskräfte, welche die anderen Fabrikanten herangebildet, zu ihnen überlaufen werden. Das wird jedoch kaum geschehen. Die Beteiligten und alle Kollegen sind deshalb guten Muts und hoffen alle, unser Verhalten werde die weibliche Arbeitskraft weiter aufhalten, damit unter den kleinen Fabriken die Organisation fortbesteht und die Mitglieder unbeschädigt bleiben. So bewahren wir auch die übrigen Fabrikanten davor, Schmutzkonturrenz mit ihrer Ware treiben zu müssen. Eine beliebige Nebenart der Herren Mühlenbrock ist, ihre Arbeiter seien Sozialdemokraten und gingen nicht in die Kirche. Wenn man mit dieser Nebenart ihr eigenes Verhalten gegen die Arbeiter in Vergleich zieht, dann nimmt sie sich sonderbar aus. Zuschriften sind zu richten an den 1. Bevollmächtigten Joh. Müller, Saarstr. 34. Geldsendungen an den 2. Bevollmächtigten M. Uhl, Marktstr. 122.

Die Fabrikkommission:  
Peter Speder, Matthias Uhl, Ernst Blas, Johann Wiesdorf.

**Quittung.**  
Für die ausgesperrten Kollegen in Ifsum gingen folgende Gelber bei mir ein:  
Fabrik Clever u. Werrag: 1. Rate 3.85, 2. Rate 2.95, 3. Rate 2.20  
" Kersten: " 3.85, " 3.40, " 2.30  
" Hageborn: " 2.—, " 1.80, " 1.40  
" Deckers: " 1.05, " 1.—, " 1.—  
" Scharf in Ifsum: " 2.40, Ungen. 0.50  
" Joh. Suiter, Drifoy: " 5.90, 2. Rate 7.—, " 6.20  
Allen Gebern besten Dank.  
J. A. Carl Brodmann.

## Vereinstell.

### Central-Kranken- und Sterbefasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: **Hamburg-Mühlenthorf**, Marktstr. 5, I.  
Anschluß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3.  
Schiedsgericht: A. Panisch, Dresden-N., Königsbrüder Str. 41, IV.  
Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen:  
Freden 100 Mk., Heidemünden 140 Mk., Hamburg 200 Mk., Frankfurt 60 Mk., Ottenen 300 Mk., Wilschdorf 200 Mk., Kottbus 100 Mk., Landsberg 100 Mk., Rauen 160 Mk. Summa: 1360 Mk.  
Sterbefasse: Dagersheim 3 Mk., Heibingsfeld 6.30 Mk., Rauen 40 Mk. Summa: 49.30 Mk.  
Zuschüsse an die Ortsverwaltungen:  
Schönlaube 100 Mk., Bassum 20 Mk., Kassel 100 Mk., Harburg 100 Mk., Heibingsfeld 100 Mk., Feuerbach 75 Mk., Herford 100 Mk., Neustadt 100 Mk., Nizdorf 100 Mk., Schwesingen 100 Mk., Striegau 100 Mk. Summa: 995 Mk.  
Durch die Hauptkasse erhielten Krankengelb:  
B. Freimilche in Stettin 11.10 Mk., R. Viertel 5.00 Mk., Frau Viertel in Schweidnitz 7.15 Mk., C. Sälhoff in Stavenhagen 11.10 Mk. Summa: 34.95 Mk.  
Hamburg, den 12. Mai 1902. **F. Otto.**

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deidmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.  
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.  
Geld-, Einschreibe- u. Versendungen nur an **W. Nieder-Wolland**, Bremen, Marktstraße 18, II.  
Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meister**, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

## Bekanntmachung.

August Schmidt aus Hüteln hat in Bassum gearbeitet, ohne sich aus- und abzumelden. Derselbe hat für jeden Fall 1 Mk. Strafe zu zahlen. Die Bevollmächtigten wollen diese 2 Mk. in Abzug bringen und mit entsprechendem Vermerk eventuell in Einnahmen der Abrechnung stellen.

Nach § 8 gestrichen: **H. Delms aus Hertogenbosch (Holland)**, Buch Ser. II, 34429.  
**Bremen. Der Vorstand.**

Vom 6. bis 12. Mai 1902 sind folgende Gelber bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:		B. Beiträge:	
4. Mai, Drifoy a. Niz.	80.—	9. Nehme	50.—
5. Magdeburg, C. Wagner (Beiträge)	1.—	9. R. Zank	30.—
5. Derlinghausen	65.—	9. Frankfurt a. D.	50.—
5. Meydt, G. Dehnen	12.—	9. Cannstatt	50.—
5. Oldendorf i. Hessen	25.—	10. Leipzig, R. Pietsch	10.—
5. Ottenen	400.—	10. Baynau i. Schl.	25.—
5. Jastrow	60.—	10. Krefeld	18.—
5. Neubamm	40.—	10. Wittweid	50.—
6. Magdeburg	200.—	10. Northheim, A. Schnabel	9.80
6. Heidemünden	22.60	10. Glückstadt	53.—
6. Halle a. S., R. Schönwald	1.—	11. Münchhof	50.—
		11. Warendorf, G. Dommer	3.56

**B. Freimillige Beiträge:**  
10. Mai. Ueterjen, J. Gilsdorf . . . . . 2.70  
C. Für Annoncen:  
5. Mai. Gildesheim, W. Marahrens, in Nr. 17 d. Tab.-Arb. 1.50  
Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelber zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.  
Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.  
Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.  
Bremen, den 12. Mai 1902. **W. Nieder-Wolland, Kassierer.**

## Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Balg**: Otto Schmiel als 1. Bev., Herm. Schipper als 2. Bev., Albert Hoffmann als 3. Bev.; Friedrich Rothke, Otto Knoll als Kontrolleure.  
Für **Birchlergraben**: G. Niehaus als Kontrolleur.  
Für **Lübber**: Fritz Katowitsch als Kontrolleur.  
Für **Münchhof**: Albert Lunkewitz als 1. Bev., Karl Probst als 2. Bev., Karl Koll als 3. Bev.; Fritz Fehling, Herm. Reineke, Aug. Barth als Kontrolleure.  
Für **Spreenberg**: Arthur Deckerth als Kontrolleur.  
Für **Sprottau**: Rob. Eschmann als 2. Bev., Paul Hornig als 3. Bev.; Karl Anders als Kontrolleur.  
Für **Wetten**: Paul Keller als 1. Bev.  
Für **Würzburg**: Andreas Wickersheim als 3. Bev.

## Provisorisch aufgenommen sind:

Heinrich Diederich aus Osterode. (310)  
Otto Späte aus Rainer, Paul Walde aus Sommerfeld (beide z. R.), Wilhelm Freigang aus Eiferwerda. (464)  
Selma Weise aus Greiffenberg, Karl Paulk aus Landsberg a. W. (412)  
Severin aus Wald-Nürnberg, Wilh. Luz aus Nürnberg, Marie Hoffmann aus Pungstahl, Elise Frank aus Bruck, Marie Suber aus Fürth, Marie Hg aus Stetten. (233)  
Gefine Havens aus Achim, Fr. Janßen aus Breslau, Marie Ehrle aus Büßen, Fr. Horn, Fr. Horn aus Plauen, Rich. Hanning, J. Diem aus Bremen (beide z. R.), Joh. Schent aus Magdeburg. (34)  
Rob. Just aus Großenhain. (127)  
Lina Giesede geb. Sand aus Lautenthal. (119)  
Louis Junke aus Wobden. (142)  
Wilh. Godknecht aus Daffow. (439)  
Herm. Peters aus Seebaußen. (309)  
Fritz Michaelis aus Spreenberg. (333)  
Emil Galow aus Jastrow, Wilh. Glöder, U. Witte, Gust. Berndt, Erich Pommerenig, Luise Bredlow geb. Raab aus Jastrow, Albert Piemer aus Steppnitz, Emma Perzberg geb. Koblis aus Tarnowke. (171)  
Otto Raeding aus Rah bei Büllschau. (460)  
Pauline Wünschmann aus Pirna. (267)  
Jakob Wagner, Georg Sub aus Hasloch, Friedrich Klein aus Ebdoben. (332)  
Paul Schilder aus Wittenberg. (376)  
Gust. Richter aus Balzig. (43)  
Friedrich Fleschner (z. R.), Paul Blechstein aus Brandenburg. (32)  
Lina Nüßiger geb. Gräfe aus Rößwein, Marie Krasspfl geb. Ster aus Gemmelwitz. (168)  
Elise Drechsler, Wilh. Stoldt, Herm. Jader, Karl Schulz, Hedwig Schulz, Wilh. Kesten, Herm. Rahm, Anna Beter, Luise Dinske, Gust. Houbel, Martha Wagner, Marie Rosenthal, Elise Kießdorf, Aug. Bollbrech, Elisabeth Didow aus Pasewalk, Auguste Wolter aus Belgard, Rich. Bergmann aus Alt-Neuhemühl (z. R.), Friederike Wehmann aus Biersch, Ferd. Kesten aus Wilschdorf, Anna Houbel aus Fahrwalde, Hans Thomas aus Hlentrug, Paul Münster aus Berlin (z. R.), Karl Dreßner aus Stargard i. P. (270)  
Heinr. Dieß aus Mosau. (460)  
Adolf Deville aus Sossen. (461)  
Anna Böllner aus Cotta b. Dresden, Marie Güter aus Dresden, Paul Baclawik aus Teplitz, Anna Luise Feustel aus Polnisch-Bissa, Minna Babrowski aus Sommerfeld, Ida Klumpe aus Friedersdorf, Ida Kling aus Babonau, Anna Schmidt aus Strießen, Klara Neumann, Martha Gertner, Bernh. Weiß aus Dresden, Alma Simon aus Ossebaude. (67)  
F. Kahner aus Oepeln, Reinh. Bernol aus Wansen. (237)  
E. Buser, Kath. Mettlich, Elise Biedinger, Christ. Hömerscheid, Elise Rauen, Marg. Mettlich, Fr. Chr. Witz, Fr. Gertrude Scholz, Fr. Kath. Braun, Frau Aug. Selbach, Frau Anna Joh. Marx, Frau Aug. Franken, Frau Helene Christiane, Frau Marie Ensch, Frau Elise Vorsche, Karl Dabm. (344)  
Franz Schäfer aus Hohenheim. (256)  
Marie Kraus geb. Scherer aus Verßbach, Karoline Seifin aus Zweibrücken, Jakob Seifin aus Conten, Fr. Otto Fehrenbach aus Reichenbach b. Lohr. (377)  
D. Uebser aus Brandenburg a. S. (z. R.). (427)  
Moriz Böhme aus Frankenberg, Ida Böhme aus Köblitz, Selma Richter aus Niederwiesla. (54)  
Gust. Merger, Anna Nidich aus Haynau, Marie Jüngling aus Reifnitz, Luise Walter aus Bunzlau. (143)  
Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.  
**Bremen. Der Vorstand.**

## Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Bremerhaven**: Durch Joh. Paasch, Lange Straße 14.  
In **Eiferwerda**: Bei Hugo Wolf, jedoch nur an Mitglieder, die hier in Arbeit treten.  
In **Halle**: Bei Martin Grimm, Pfännerhöhe 49, II. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11-2 Uhr mittags.  
In **Sprottau**: Bei Rob. Eschmann, Jübenstr. 25, II. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 6-7 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-1 Uhr mittags.  
In **Wetten**: Bei Jul. Költe, Luitensfr. 17. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11-2 Uhr mittags.  
In **Witten**: Im Verkehrslokal Schmiedestr. 10.

## Adressenänderungen:

Für **Hendamm**: Der 1. Bev. Karl Klemmer wohnt jetzt Wallstr. 7.  
Für **Witten a. Lahn**: Der 1. Bev. Karl Lampe wohnt Lühdorfer Chaussee 2.

## Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Ewige Versammlungen ablesen!)  
In **Hamburg**: Sonntag den 25. Mai nachm. 3 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung (Zahlstellen Hamburg, Eimsbüttel und Wandsbek) bei v. Salzen Wwe., Caffamacherstraße 17. Tagesordnung: 1. Antrag der Zahlstelle Eimsbüttel: Verschmelzung der drei Zahlstellen. 2. Eventuell Wahl von Bevollmächtigten und Kontrolleuren. 3. Wahl von zwei Delegierten zum Gewerkschaftstongreß. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**  
**Bremen.** Die reisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Verkehrslokal sich bei G. Zirus, Startersstraße 3, befindet. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**  
**Clausthal.** Die reisenden Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß hier keine Reiseunterstützung ausgezahlt wird. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**  
**Lübber.** Die reisenden Kollegen wollen beachten, daß hier das Auflassen von der Fabrik verboten ist. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**

